

Einleitung

Reclaim Democracy und System Change

Ruth Daellenbach, Beat Ringger, Pascal Zwicky

Am 20. August 2018 setzt sich Greta Thunberg mit einem Schild mit der Aufschrift ›Skolstrejk för klimatet‹ (›Schulstreik für das Klima‹) vor den Schwedischen Reichstag in Stockholm. Ein halbes Jahr später, am 15. März 2019, finden Klimastreikaktionen in über 100 Ländern auf allen Kontinenten statt. Damit hat jene Generation die Stimme erhoben, die sich keine Illusionen mehr macht. Augen verschliessen geht nicht mehr; hoffen, dass alles gar nicht oder viel später kommt, auch nicht. Die Generation Klimastreik weiss, dass sie das volle Ausmass der Klimaerwärmung am eigenen Leib erfährt.

Die Klimastreikbewegung trifft auf eine Welt, die geprägt ist von autoritär-reaktionären Tendenzen, von einem zerstörerischen Marktradikalismus und rechtskonservativen Nationalismen. Deren Narrative sind dasjenige von grenzenlosem Wettbewerb und von Konsum- und Handelsfreiheit, respektive dasjenige von Wohlstand und Souveränität durch Abschottung und den Ausschluss ›Anderer‹. Auf der Strecke bleiben die Solidarität unter Menschen und Völkern, die grundlegenden Menschenrechte und die Verantwortung für unsere Umwelt und den Planeten. Der Brexit-Entscheid und die Wahl von Donald Trump sowie von Jair Bolsonaro sind die vielleicht offensichtlichsten Meilensteine einer Entwicklung, die mit der wirtschaftlichen Globalisierung der letzten vierzig Jahre in Gang gebracht und in vermeintlicher Alternativlosigkeit als neoliberale, kapitalistische Weltordnung durchgesetzt worden ist. Die dabei gemachten Heilsversprechen haben sich in ihr Gegenteil verkehrt: Den *Trickle Down Effekt*, gemäss dem mehr Wohlstand für wenige Reiche sukzessive zu den Mittelschichten und den Ärmern durchsickern würde, kennt die Mehrheit der Menschen nur vom Hörensagen. Stattdessen haben sich Gräben zwischen Arm und Reich und vor allem auch zwischen Vermögenden und all den Menschen, die von ihrem Erwerbseinkommen leben, vertieft und zementiert. Im globalen Norden geraten zunehmend auch die Mittelschichten unter Druck, woraus die autoritären Populist*innen Profit schlagen mit ihren Versprechen, die Privilegien einer ›imperialen Lebensweise‹ zu verteidigen. Der verschärfte Standortwettbewerb und die damit einhergehende Stärkung der Nationalismen untergraben die dringend geforderte Fähigkeit, globale Probleme

entschlossen anzugehen. Ganz besonders betrifft dies die Klimaerwärmung, die bereits bedrohliche Ausmasse angenommen hat.

In dieser Gemengelage verkommt Demokratie zunehmend zur Fassade. Die Macht konzentriert sich in den Händen weniger internationaler Konzerne und bei kaum legitimierten Gremien wie der G7 oder der G20. Die unverfrorene Lüge tritt an die Stelle von überprüften Tatsachen, was die demokratische Öffentlichkeit vor erhebliche Herausforderungen stellt. Entscheidende Lebens- und Gesellschaftsbereiche – insbesondere die Wirtschaft – sind aus demokratischen Prozessen verstärkt ausgeklammert. Und wesentliche Teile der Gesellschaft, etwa Menschen mit ›Migrationshintergrund‹ und ohne den ›richtigen‹ Pass, sind von einer demokratischen Mitwirkung formal und/oder faktisch ausgeschlossen. Es zeigt sich heute mit ungeschminkter Deutlichkeit, dass die bürgerlich-kapitalistischen Demokratien des ›Westens‹ als Protodemokratien institutionalisiert wurden – und bislang nicht über diesen Stand hinaus gekommen sind. Doch diese Welt ist veränderbar, wenn genügend Menschen in gemeinsamen Aktionen den erforderlichen Druck aufbauen. Demokratie kann ausgebaut und gestärkt werden. Zum Beispiel von unten. Genau dies tut die Klimastreikbewegung, und sie weckt damit Hoffnungen, dass der dringend erforderliche System Change nun in Gang kommt.

Um System Change geht es auch beim Projekt Reclaim Democracy. Reclaim Democracy zielt auf eine gesellschaftliche Transformation in Richtung einer umfassenden Demokratie, die substantiell ist. Reclaim Democracy bedeutet die Demokratisierung der Demokratie. Das heisst, jene Bereiche einzubeziehen, die bisher demokratischer Gestaltungskraft entzogen sind, vor allem auch die Sphäre der Wirtschaft. Das heisst Menschen, die bisher ausgeschlossen sind, die Teilhabe an demokratischen Prozessen zu ermöglichen: Menschen mit ausländischem oder ohne Pass, Arbeitenden im Betrieb oder Betroffenen entlang der globalen Verwertungsketten. Ihnen, uns allen müssen die politischen und demokratischen Rechte für ein möglichst selbstbestimmtes Leben in und mit der Gesellschaft gewährt werden. Konsequenterweise muss substantielle Demokratie den Kapitalismus, d.h. die Dominanz der Kapitalinteressen in Frage stellen, wenn sie auf Solidarität unter den Menschen, auf den Menschenrechten und auf dem Respekt vor der Umwelt aufbauen will.

Reclaim Democracy verstehen wir als Prozess, der unterschiedliche Akteur*innen und Aktivitäten unter einem gemeinsamen Dach vereint und für verschiedene Formen des Ausdrucks offen ist. In diesem Sinn hat das Denknetz im Februar 2017 zusammen mit 24 Kooperationspartner*innen den ersten ›Reclaim Democracy‹-Kongress in Basel organisiert, der mit 1800 Besucher*innen ein grosser Erfolg war. Im Februar 2020 wird nun in Zürich der zweite Kongress stattfinden. Reclaim Democracy ist für uns

eine zentrale Perspektive, ein fortschrittliches Hegemonieprojekt im Sinne eines offenen Prozesses. Wir werden diesen Prozess weiterführen – zusammen mit unseren Partner*innen, mit interessierten Personen aus Wissenschaft, Politik, aus der Zivilgesellschaft und aus Verbänden. Informationen dazu sind auf der Webseite www.reclaim-democracy.org zusammengetragen. Wir freuen uns, wenn das vorliegende Buch seine Leser*innen zum Denken, zum Handeln und nicht zuletzt auch zur Teilnahme am nächsten Kongress vom Februar 2020 in Zürich anregt.

Unser Buch ist ein Sammelband mit Texten zu einer Demokratisierung der Demokratie aus verschiedenen Perspektiven. Die Texte beschäftigen sich mit Grundlagen und Spannungsfeldern (proto)demokratischer Verhältnisse sowie mit den Entwicklungsperspektiven einer starken Demokratie, wobei ein besonderes Augenmerk auf Fragen der Demokratisierung der Wirtschaft gelegt wird. Im Folgenden führen wir kurz in die Beiträge in diesem Buch ein.

18 Thesen für eine starke Demokratie

Im ersten Buchteil machen die 18 Thesen für eine starke Demokratie, welche vom *Denknetz* als Ergebnis einer längeren Diskussionsphase im Hinblick auf den ersten Kongress publiziert worden sind, den Auftakt. Wie werden sie ausserhalb des Denknetzes wahrgenommen und bewertet? *Beat Schneider*, emeritierter Professor für Kunst- und Kulturgeschichte, und *Simon Küffer*, Doktorand und Musiker, begrüssen die Thesen »als Vorschlag zu einer programmatischen Neupositionierung der Linken«, vermissen aber die nötige argumentative und begriffliche Konsequenz und Radikalität. *Anita Fetz* fragt sich in Anknüpfung an die Thesen, ob Demokratie in der Lage sei, den Kapitalismus zu zivilisieren. Für sie ist das Schweizer Modell der direkten Demokratie eine gute Ausgangslage für den Wechsel zu einer ökosozialen Marktwirtschaft, in der das Verhältnis von Mensch und Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füsse gestellt wird – die Wirtschaft also den Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt.

Grundlagen und Spannungsfelder (proto)demokratischer Verhältnisse

Den zweiten Teil des Buches zu den Grundlagen und Spannungsfeldern (proto)demokratischer Verhältnisse eröffnet ein Beitrag von Gurminder Bhambra, der sich mit einem scheinbar weit zurückliegenden Ereignis befasst: Der Haitianischen Revolution von 1791 bis 1804. Doch dieser Blick in die Vergangenheit legt offen, das die ›westlichen Demokratien‹ von Anfang an in einem ausbeuterischen Verhältnis zum globalen Süden gestanden haben und dass wir heute noch von einem kolonialen und imperialen Erbe

geprägt sind. Im Anschluss an *Gurminder Bhambra* attestiert der Sozialanthropologe *Rohit Jain* der Schweiz in seinem Artikel eine »postkoloniale Amnesie«. Eine aktive Auseinandersetzung mit den Verstrickungen der Schweiz in die Geschichte(n) des Kolonialismus wäre aber, so Jain, die Voraussetzung dafür, dass sich die Schweiz zu einer lebendigen, postkolonialen Demokratie auf der Höhe der Zeit weiterentwickeln kann.

In ihrem Beitrag über Ansätze einer staatstheoretisch-materialistischen feministischen Demokratietheorie geht *Birgit Sauer*, Politologin und Professorin an der Universität Wien, von der Feststellung aus, dass in den letzten Jahrzehnten der Mobilisierung von Frauen in der Politik sich gleichzeitig eine Tendenz zur postdemokratischen Entmächtigung der Frauen entwickelte. Relevant hierfür sei unter anderem die Dynamik politischer Repräsentation, welche die Gesellschaft und ihre Widersprüche durch den Akt der Repräsentation quasi substituiert. Eine demokratisch transformative Perspektive umfasst nach Sauer die kritische Hinterfragung von Repräsentationspraxen, um die damit verbundenen Herrschaftsstrukturen aufzulösen. Weiter muss Repräsentation soziale Ungleichheit zum Gegenstand des politischen Prozesses machen, damit ungleiche und geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen revolutioniert werden können.

Bildung ist eine unabdingbare Voraussetzung für Demokratie und Partizipation. Doch von welcher Bildung sprechen wir? In ihrem Beitrag reflektieren *Fitzgerald Crain* und *Ruth Daellenbach* Bildung als Teil des kapitalistischen gesellschaftlichen und politischen Systems. In diesem System wird Bildung auf Wettbewerb und Konkurrenz ausgerichtet, Solidarität und Partizipation hingegen werden zurückdrängt. Wo Bildung zur Ware verkommt, verliert sie überdies ihre demokratiepolitische Relevanz. Die Autor*innen plädieren für eine Bildung, welche wertebasierte Inhalte vermittelt, Kooperation und Partizipation fördert und Demokratie nicht einfach als Unterrichtsfach behandelt, sondern für alle Beteiligten erfahrbar macht.

Mit dem digitalen Strukturwandel der letzten Jahre und Jahrzehnte ist das aufklärerische Ideal der demokratischen Öffentlichkeit erheblich ins Wanken geraten. Wie die beiden Kommunikationswissenschaftler *Mark Eisenegger* und *Linars Udris* zeigen, bleiben immer mehr Menschen der »medialen Agora« fern. Das Zusammenspiel von profitorientierten Medienkonzernen mit den neuen Tech-Giganten wirkt sich zunehmend verheerend auf die Arbeitsbedingungen und die Qualität des Journalismus aus. Deshalb ist die Politik, so Eisenegger und Udris, in der Verantwortung, Journalismus deutlich aktiver zu unterstützen.

Jo Lang diskutiert in seinem Beitrag das Verhältnis der Linken zur Demokratie. In ihren Ursprüngen war die Linke die wichtigste Kraft im Kampf für die Demokratie. Im 20. Jahrhundert hat die Linke dann allerdings nur

zu oft der Demokratie den Rücken gekehrt, etwa in ihrer Kapitulation vor Militarismus und Nationalismus zu Beginn des ersten Weltkriegs, in den stalinistischen Regimes und in einer immer wieder aufflackernden Neigung zu autoritären Lösungen. Demgegenüber ist für Lang die Anerkennung der liberalen demokratischen Errungenschaften (welche die Liberalen ihrerseits allzu häufig der Profitmaximierung und der Marktgläubigkeit geopfert haben) die beste Voraussetzung für die Verwirklichung einer starken Demokratie, die freiheitlich, egalitär und partizipativ ist.

Sind heutige demokratische Systeme in der Lage, umfassende nachhaltige Entwicklung anzustreben? *Helen Müri* identifiziert in ihrem Artikel über Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Demokratie eine Reihe grundlegender Mängel in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit. Besonders gravierend sei der Gap zwischen Entscheidungsträger*innen und Betroffenen; zu letzteren gehören nicht nur Völker in entfernten Regionen, sondern auch künftige Generationen. Umfassende Demokratie als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung müsse sich der Herausforderung stellen, Grundrechte für Menschen überall auf der Welt, heute und in kommenden Generationen, zu sichern.

Den zweiten Teil des Buches schliessen *Stephan Bernard*, *Viktor Gyöffy*, *Philippe Koch* und *Magda Zihlmann* ab mit ihren Betrachtungen zum Verhältnis von Grundrechten und Demokratie. Sie fordern, dass Grundrechte nicht nur als Abwehrrechte zu konzipieren seien, sondern auch als Garantie für das Recht auf politische und soziale Teilhabe. Sie fordern, dass jede Bürger*in solidarisch Verantwortung für die Geltung der Grundrechte aller – auch über staatliche Grenzen hinaus – zu übernehmen habe.

Entwicklungsperspektiven: Demokratie stark machen

Im ersten Beitrag des dritten Teils fragen *Ruth Daellenbach*, *Beat Ringger* und *Pascal Zwicky* danach, wer denn das politische Subjekt der Demokratie und ihrer Demokratisierung sei bzw. sein könnte. Sie diskutieren den Ansatz der verbindenden Klassenpolitik, bei dem die sozialen Anliegen und Kämpfe der subalternen Klassen sich mit den Anliegen der Gendgerechtigkeit, der Überwindung von Rassismus und Nationalismus und dem Kampf gegen Umweltkatastrophen verschränken. In dem Masse, wie es in Unruhezeiten zu Konvergenzen verschiedenster Bewegungen komme, könne auch ein Kräfteverhältnis entstehen, das es erlaube, das Machtmonopol des Kapitals zu brechen.

Der deutsche Philosoph und Aktivist *Thomas Seibert* und *Cédric Wermuth* beschäftigen sich in ihrem Beitrag in Form eines Mailwechsels mit einer für die Linke wohl entscheidenden Frage: Weshalb ist ohne internationale Solidarität alles nichts – und wie lässt sich eine internationalistische Politik heute wieder stark machen?

2015 feierte die Welt – und auch die Schweiz – die globale UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als globalen Konsens für eine bessere Zukunft. *Joachim Merz*, Politologe, und *Eva Schmassmann*, Fachfrau für Entwicklungspolitik, stellen die Frage, wie viel transformative Kraft tatsächlich in der Agenda steckt. Die Bedeutung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit für nachhaltige Entwicklung seien darin zwar anerkannt; dies stehe aber im Gegensatz zur kruden Realität, wo Demokratien weltweit ausgehöhlt und die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft beschnitten werden. Die Agenda 2030 wird ihre transformative Kraft dann entwickeln können, wenn es gelingt, politische Kohärenz durchzusetzen.

Der Berliner Politikwissenschaftler *Markus Wissen* zeichnet in seinem Beitrag nach, wie unterschiedliche Energieregimes einen direkten Einfluss auf die gesellschaftlich dominante Lebensweise haben und die demokratischen Verhältnisse und Praxen entscheidend prägen. Heute stünden wir vor der existenziellen Herausforderung, die zerstörerische Kraft der ›carbon oligarchy‹ einzuhegen und die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu demokratisieren.

Payal Parekh konstatiert in ihrem Beitrag zu Klimawandel und Demokratie, dass Demokratien im Vergleich mit autoritären Regimes zwar eine deutlich bessere Klimapolitik betreiben – allerdings nur, wenn sie nicht stark von Korruption beschädigt sind. Und auch in Demokratien werden die Bemühungen um eine angemessene Klimapolitik erheblich unterlaufen durch den Einfluss von Geld, von Konzernen, von neoliberaler und rechtsnationalistischer Politik. Demgegenüber braucht es das Engagement von unten. Parekhs Fazit: Kollektives demokratisches Handeln zur Bekämpfung der Klimakrise werde gegenwärtig im globalen Rahmen zur wichtigsten Chance für eine klimapolitische Wende und sei gleichzeitig ein Schlüssel zur Demokratisierung der Welt überhaupt.

Wie verhalten sich Populismus und Demokratie zueinander? Mit dieser ebenso aktuellen wie bedeutungsvollen Frage beschäftigt sich *Benjamin Opratko*, wissenschaftlicher Mitarbeiter in Berlin und Wien sowie Redakteur bei *mosaik-blog.at*. Er wendet sich gegen die Versuche, Populismus rein formal und unabhängig von politischen Inhalten zu definieren und dabei von der sozialen Basis ›populistischer Bewegungen‹ zu abstrahieren. Opratko diskutiert in seinem Beitrag, ob und wie die demokratischen Linke von populistischen Parteien und Bewegungen lernen kann, ohne in demagogische Fahrwasser zu geraten.

Kijan Espahangizi, Historiker und Co-Präsident des postmigrantischen Thinktanks INES, analysiert in seinem Artikel den Schweizer Migration-Integration-Komplex mit seinen Paradoxien. Während sich die Lebensrealitäten der Menschen in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten umfassend pluralisiert haben und Migrationserfahrungen die Gesellschaft durchdrin-

gen, hinken die politisch-medialen Debatten und viele staatliche Strukturen und Institutionen wie etwa das restriktive Einbürgerungsregime diesem sozialen Wandel weit hinterher.

Sorge braucht Demokratie. Wo Menschen auf Betreuung angewiesen sind, werden die Folgen der Ökonomisierung des Lebens in einer kapitalistischen Gesellschaft besonders deutlich: Betreuende und Betreute stehen unter Druck und werden gegeneinander ausgespielt. *Gabriele Winker*, Sozialwissenschaftlerin, und *Matthias Neumann*, Politologe, sind im Care Rat Freiburg engagiert, der Missstände aufgreifen und politische Antworten für gesellschaftliche Veränderungen sucht. Die beiden AutorInnen plädieren für eine Politik, die Pflegebedürftigkeit als gesellschaftlich-solidarische Aufgabe anerkennt, entsprechende demokratische Strukturen schafft und dafür genügend Ressourcen bereitstellt.

Demokratisierung der Wirtschaft

Der vierte Teil des Buches ist einer zentralen Perspektive gewidmet, ohne die Demokratie ihr Potenzial niemals auch nur annähernd entfalten kann: Die Demokratisierung der Wirtschaft. Die *Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie des Denknetzes* präsentiert in 34 Thesen ihre Sicht aufs Ganze einer solchen Demokratisierung. Die *Denknetz-Fachgruppe Politische Ökologie* wiederum erläutert, warum die Finanzmärkte grundlegend reformiert werden müssen, wenn ihr Diktat über die Staatsfinanzen und ihr Erpressungspotenzial in Wirtschaftskrisen (die Too-big-to-Fail-Fälle) gebrochen werden sollen. Die Gruppe präsentiert dafür ein ausgearbeitetes Konzept. *Roland Herzog* und *Hans Schächli* zeigen in ihrem Beitrag auf, in welchem Ausmass die heutige Politik der Zentralbanken interessengeleitet ist und warum es unabdingbar ist, diese wichtigen Instanzen der Geld-, Währungs- und Wirtschaftspolitik unter demokratische Kontrolle zu bringen.

Auf politischer Ebene hat in den letzten Jahren insbesondere in der SP eine Revitalisierung der wirtschaftsdemokratischen Debatte stattgefunden. *Barbara Gysi*, Präsidentin der SP-internen AG Wirtschaftsdemokratie, und *Fabian Molina* erörtern in ihrem Artikel die Bedeutung des Themas. Die Kunst besteht für sie darin, konkrete mit grundsätzlichen Forderungen zu verbinden. Im Text *Pharma fürs Volk* erläutert *Beat Ringger*, warum die grossen Pharmakonzerne mit ihrem monopolistischen Blockbuster-Geschäftsmodell immer mehr Geld aus den Gesellschaften herauspressen, gleichzeitig aber den eigentlichen Zerfall zentraler Pharmabereiche (zum Beispiel die Bekämpfung von bakteriellen Infektionen mit Antibiotika) in Kauf nehmen. Ringger legt dar, warum diese Probleme nur dann in den Griff genommen werden können, wenn ein starker, demokratisch gesteuerter öffentlicher Pharmasektor aufgebaut wird.

Dario Azzellini untersucht seit vielen Jahren die Dynamiken, die entste-

hen, wenn Belegschaften Betriebe übernehmen und in eigener Regie weiterführen. Er konstatiert in seinem Beitrag eine erstaunliche Verbreitung solcher rückeroberten Betriebe unter Arbeiter*innenkontrolle im 21. Jahrhundert und diskutiert, inwiefern darin Bezüge zu Rätedemokratien zu finden sind, wie sie im ganzen 20. Jahrhundert immer wieder die Frage der Macht über die gesamte Gesellschaft aufgeworfen haben. Der Ökonom und Publizist *Hans Baumann* beschreibt die Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene als wichtigen Baustein einer umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierung. Mitbestimmung der Arbeitenden ist eine historische Forderung der Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Während heute EU-Länder in dieser Frage wieder aktiv geworden sind, konstatiert Baumann für die Schweiz »Nachholbedarf auf allen Ebenen«, und er skizziert die Konturen eines ›Schweizer Modells‹ der Mitbestimmung. Im Text Hoppmann Autowelt – ein Unternehmen mit neutralisiertem Kapital – untersuchen *Romeo Rey* und *Johannes Wickli* das Beispiel einer deutschen Firma, die bereits 1961 damit begonnen hat, eine konkrete Praxis betrieblicher Demokratie zu entwickeln. Dieses Modell kann als Beispiel für gelebte demokratische Arbeitspraxis gelten, wie sie auch über lange Zeiträume zum Tragen kommt.

Min Li Marti geht zusammen mit *Balthasar Glättli* der Frage nach, inwieweit die Digitalisierung Chancen zur Umsetzung wirtschaftsdemokratischer Forderungen bietet. Dabei lassen sie die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte Revue passieren: Von den kybernetisch-sozialistischen Plänen Salvador Allendes in den 1970er Jahren bis in die Gegenwart, zum globalen und zunehmend totalitär anmutenden System des Überwachungskapitalismus.

Lia Becker, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der deutschen Partei DIE LINKE, gibt in ihrem Artikel einen Einblick in die aktuellen wirtschaftsdemokratischen Diskussionen innerhalb ihrer Partei. Zusammen mit dem Co-Vorsitzenden der LINKEN, *Bernd Riexinger*, hat Becker den Vorschlag eines Neuen Normalarbeitsverhältnisses eingebracht, der vor allem auch auf die Frage der Arbeitszeitreduktion fokussiert und den sie als ›konkrete Utopie‹ beschreibt: als Baustein einer verbindenden Klassenpolitik für die Vielen, nicht die Wenigen.